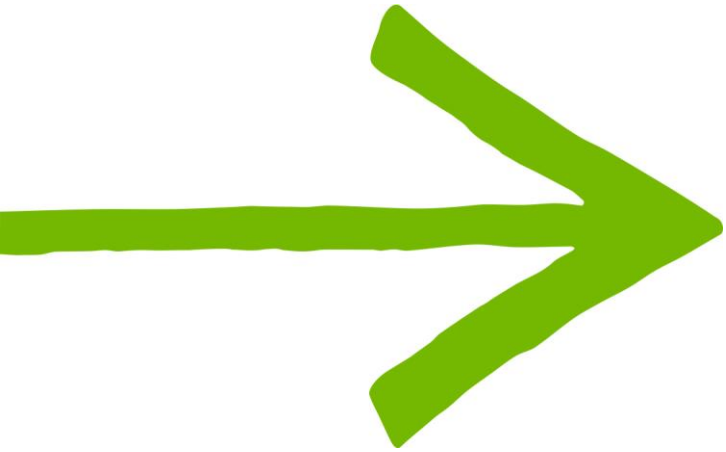




CASE STUDIE(S)

Insolvenzpläne in der “Post Suhrkamp – Ära”

Dr. habil. Gerrit Hölzle

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Insolvenzrecht

Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

Fachanwalt für Steuerrecht



Richtungsweisend.





Der Fall #1:

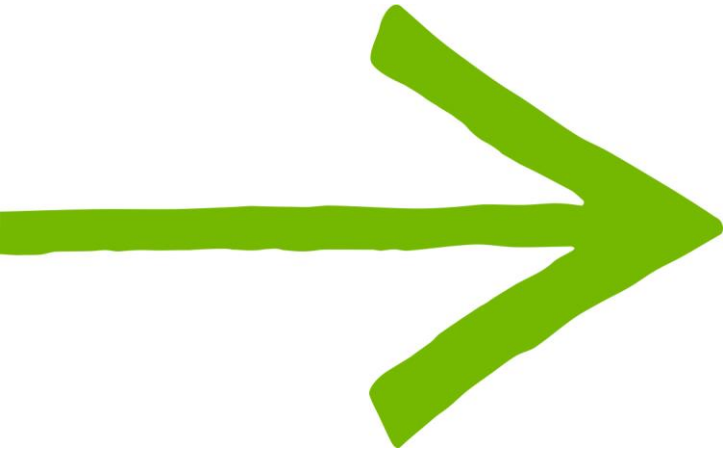
„Biogas am Abgrund“

Insolvenzpläne im ABC-Konzern



Richtungsweisend.





BACKGROUND

Ausgangslage und Konzernstruktur



Richtungsweisend.



Die ABC-Gruppe und ihre Historie

- Gegründet 2004
- Mitarbeiter vor Insolvenz: 290; Sitz: M-Stadt
- Im März 2011 von einem amerikanischen Finanzinvestor übernommen (Gesamtinvest rd. 600 Mio. EUR)
- Starke Expansionsstrategie durch Zukäufe nach Übernahme der Geschäftsanteile durch den Investor
- Mit 103 MWel Anschlussleistung und 31 MWel Biomethaneinspeisung größter Betreiber von Biogasanlagen in Deutschland
- In den letzten Jahren nachhaltig nicht in der Lage, laufende Kosten zu decken
- Liquiditätslücken wurden durch ständige Nachschüsse des Gesellschafters geschlossen, bis dieser ab Sommer 2014 von weiteren Kapitalspritzen absah
- Finanzierungsstruktur im A-Konzern (31.12.2013)

AV: TEUR 379.584	EK: TEUR 183.540
UV: TEUR 120.707	FK: TEUR 317.627



AC Biogas GmbH
 Hafenweg 15
 D-48155 Münster
 Tel: +49 (0)251-27601-100
 E-Mail: info@ac-biogas.de

Konzernstruktur der ABC-Gruppe

Operative Gesellschaft „Konzernzentrale“

- alle Mitarbeiter
- alle zentralen Funktionen
- keine Bankfinanzierung
- zahlreiche IC-Darlehen up-, down- und sidestream in der Gruppe

abc. (Cayman)

22,15 %

abc S.à r.l.

77,85 %

abc S.A.

abc S.à r.l.

Abc Deutschland GmbH

GmbH

NN GmbH & Co. KG

ABC GmbH

Abc biogas GmbH

Abc biomethan GmbH

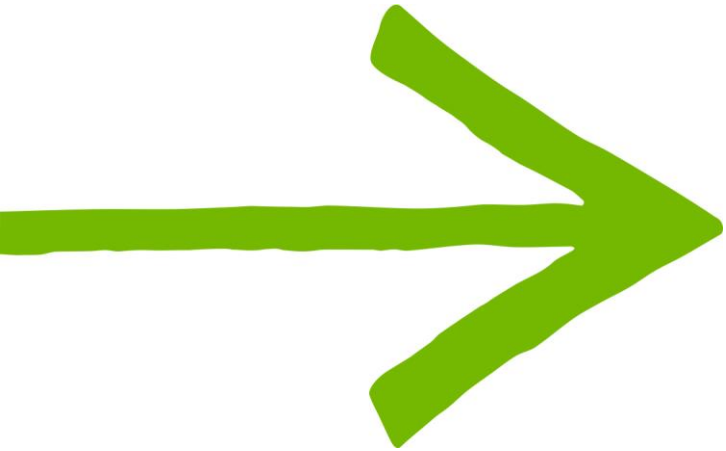
Holdings B.V.

NN GmbH

NN

(Russian Company)

ca 45 operative Biogasgesellschaften
mit je einer oder mehrerer Biogas/Biomethananlage(n)



DIE INSOLVENZ



Richtungsweisend.

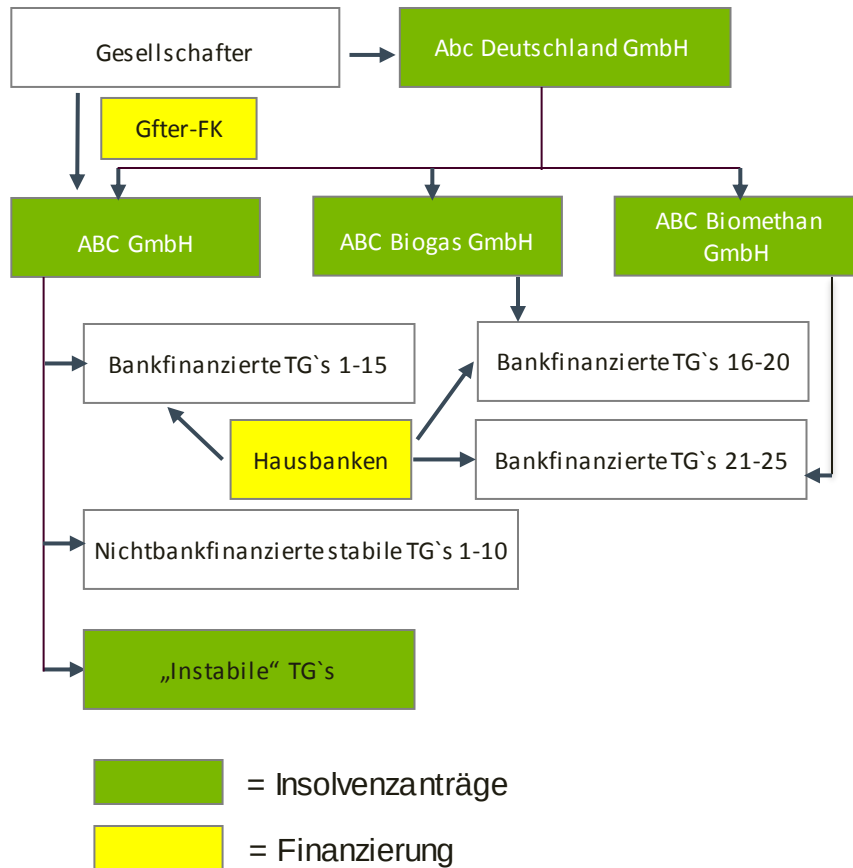


Insolvenzhistorie (vor Insolvenzplan)



Insolvenzereignis und Finanzierungsstruktur

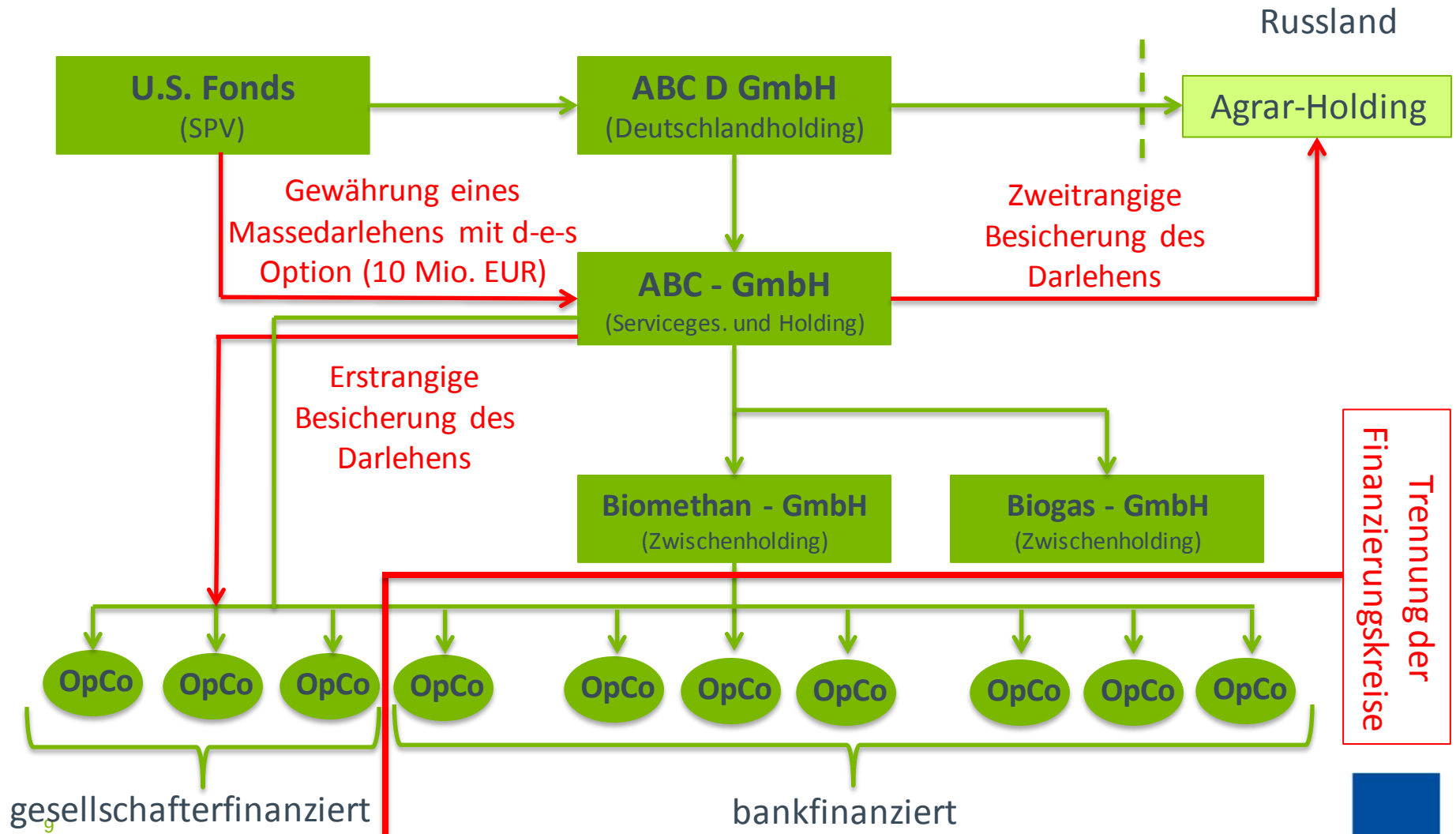
Vereinfachte Struktur

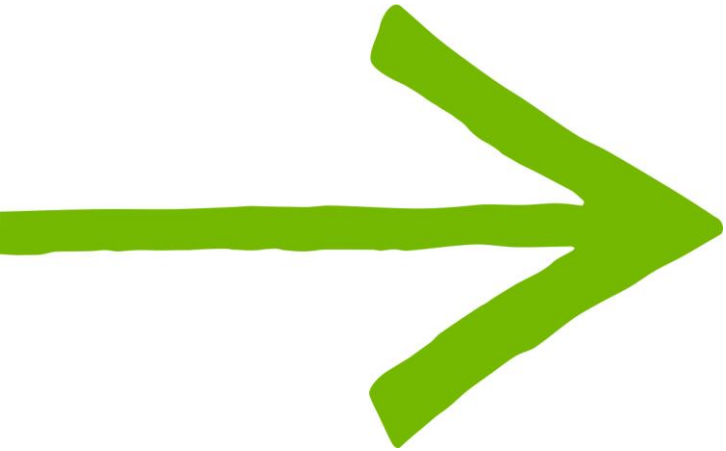


Problemstellungen

- Insolvenz nur auf Ebene der Holding- und Servicegesellschaften, nicht auch auf Ebene der Betriebsgesellschaften
- Alle Mitarbeiter in der ServCo, deshalb InsG möglich
- Banken auf Ebene der Insolvenzverfahren nicht involviert, weitere Finanzierungsbeiträge auf Ebene Betriebsgesellschaften aber nötig
- Finanzierung auf Ebene Hold-/ServCo konnte nicht über Banken abgedeckt werden; Finanzierungsbedarf aber rd 10 Mio EUR ohne Aussicht auf jemalige Refinanzierung/Rückführung
- Banken brauchten Sicherheit, dass gewährte Finanzierung auf Ebene Betriebsgesellschaften nicht „nach oben diffundiert“
- Kapitalbedarf in der Erntezeit erheblich

Finanzierung der Betriebsfortführung





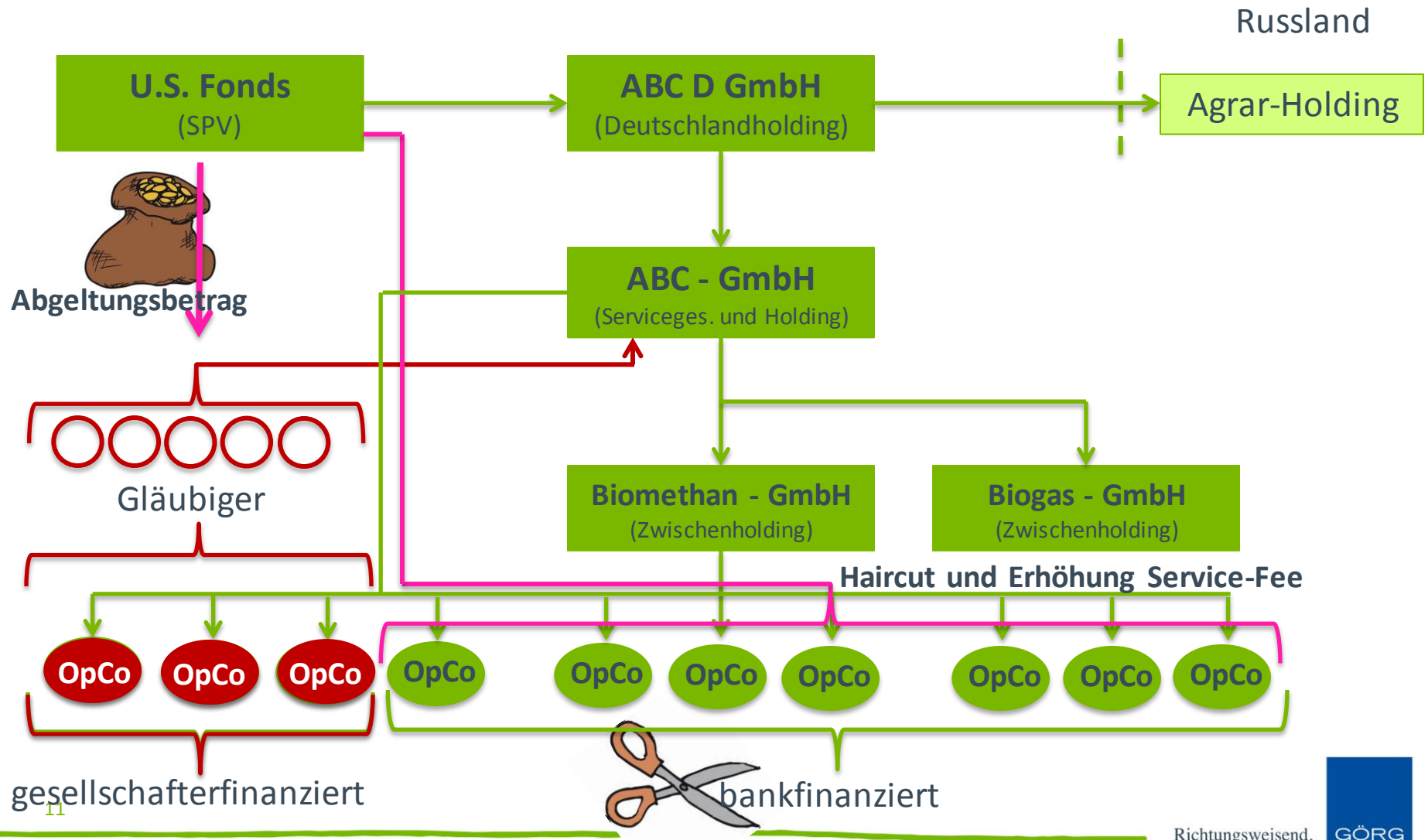
DER PLAN #1



Richtungsweisend.



Vorstellungen des Gesellschafters



Umsetzung und Ziel des Plans #1

Nach der Zulassung des Plans durch das Gericht, der Niederlegung und der Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins scheiterten die Verhandlungen zwischen dem Alt-Gesellschafter und der Bank endgültig.

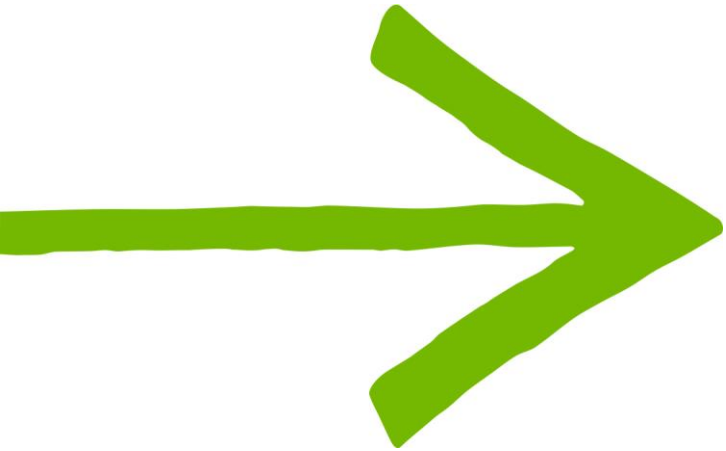


Massendarlehen
gekündigt



Quotenzusage
widerrufen

Späterer
Exit



DER PLAN #2



Richtungsweisend.



Von Plan #1 zu Plan #2 → § 240 InsO

„Der Vorlegende ist berechtigt, einzelne Regelungen des Insolvenzplans auf Grund der Erörterung im Termin inhaltlich zu ändern. Über den geänderten Plan kann noch in demselben Termin abgestimmt werden.“

Änderung auch schon vor dem Termin aufgrund der Stellungnahmen (§ 232 InsO) möglich

Auch grdl. Änderungen mgl., wenn „rechtl. Gehör“ gewahrt; hier Zustellung Änderungsplan innerhalb der Frist des § 235 I InsO

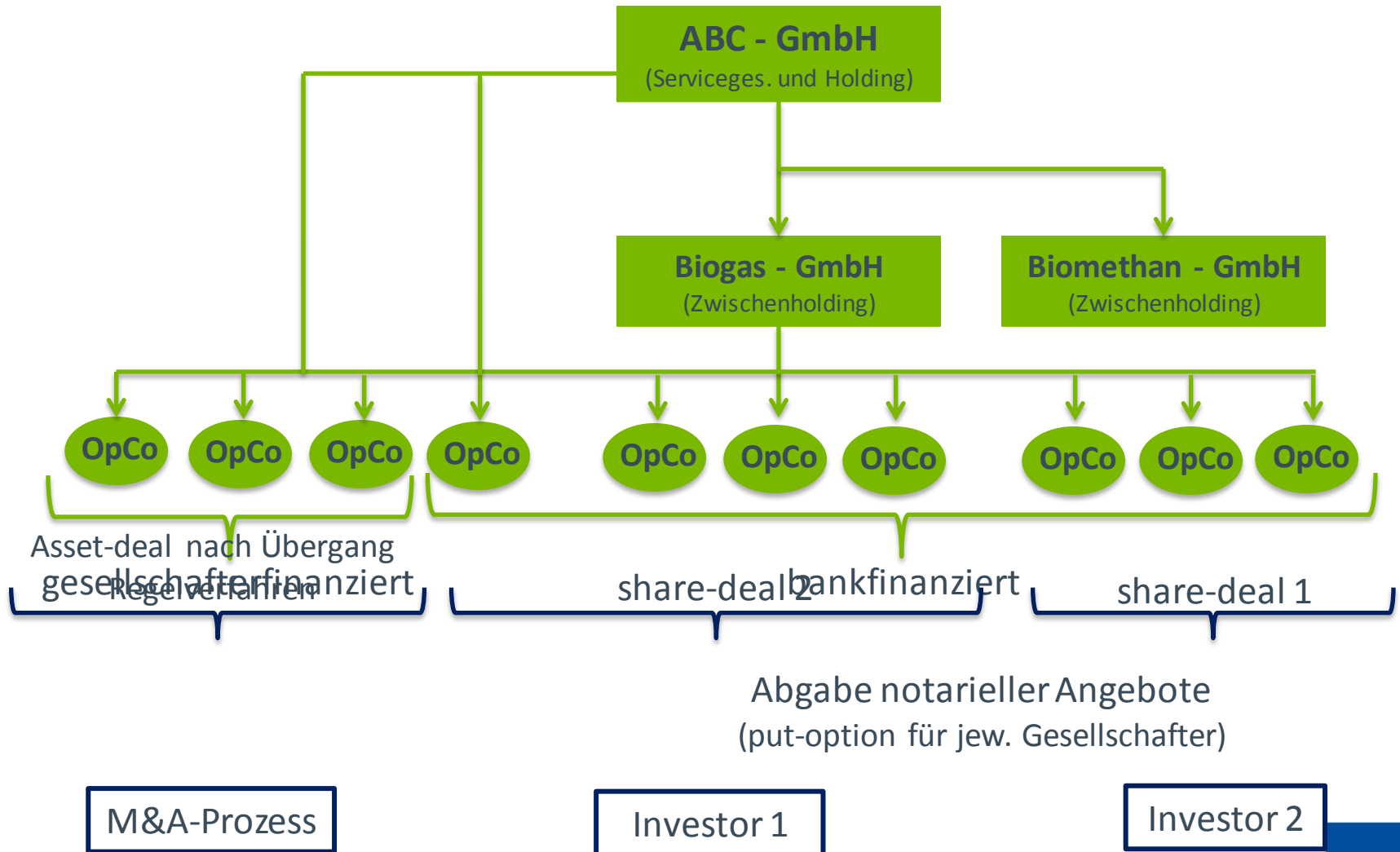
Änderung von verfahrensbeendendem in verfahrensleitenden Plan

Verkauf der großen Bankportfolios an je einen von der Bank präferierten Investor im share-deal; Überleitung Personal

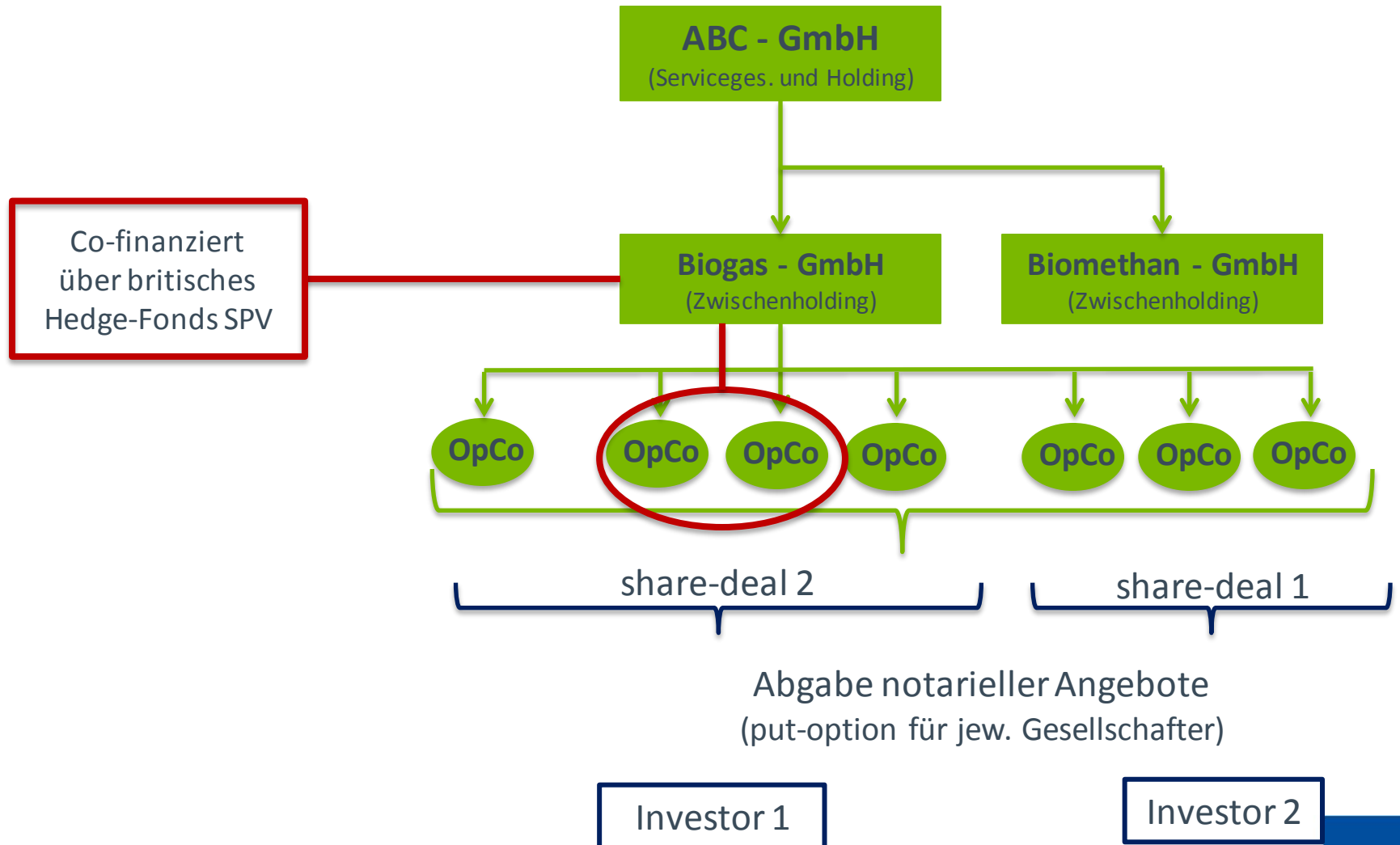
Finanzierung ServCo bis closing durch Sonderumlagen auf die OpCos

Nach closing Überführung ins Regelverfahren und Verkauf der eigenen Anlagen im M&A-Prozess

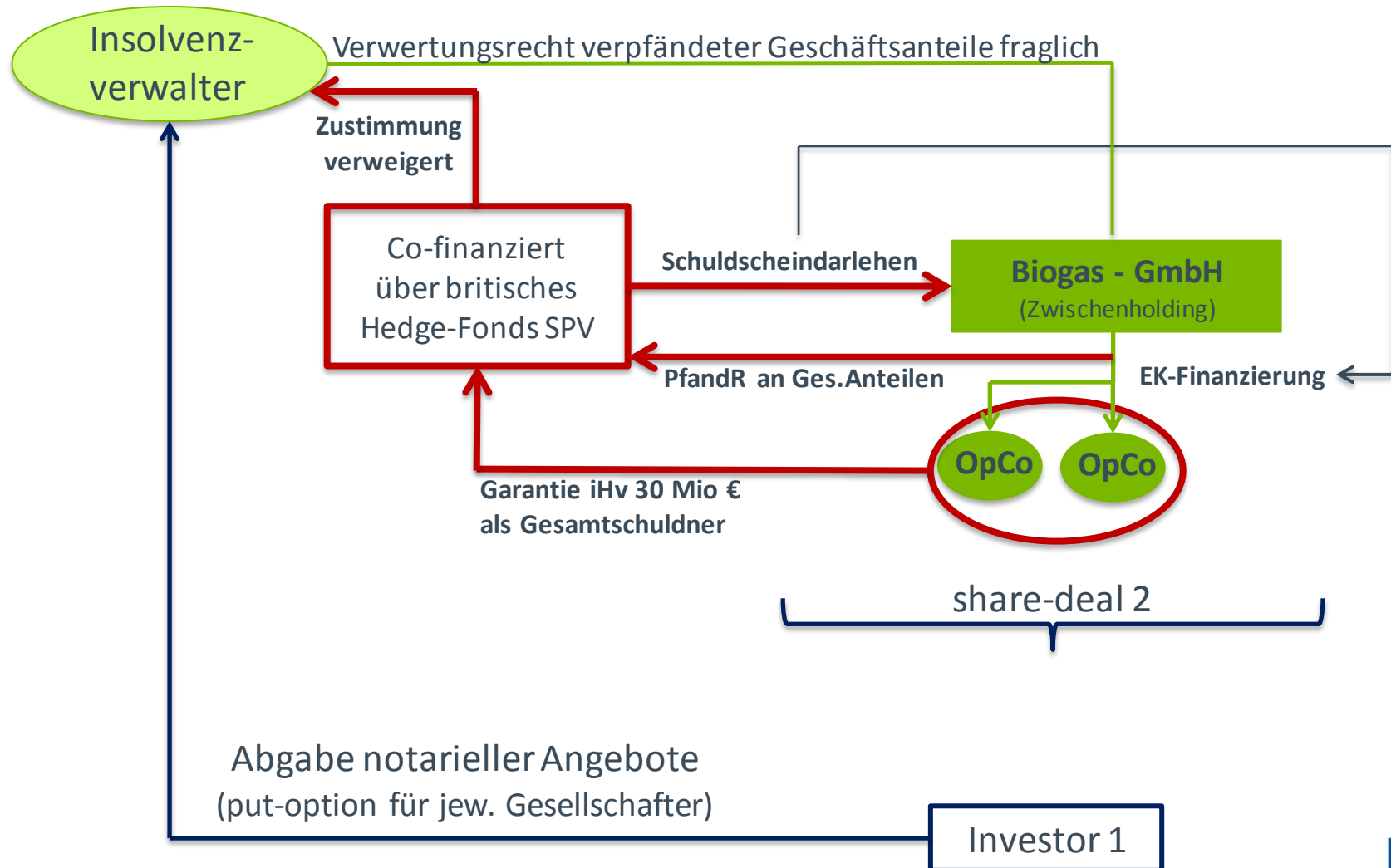
Verfahrensleitender Plan (#2)



Verfahrensleitender Plan (#2)



Teilweises Vollzugshindernis bei Plan #2



Teilweises Vollzugshindernis bei Plan #2

Folge:



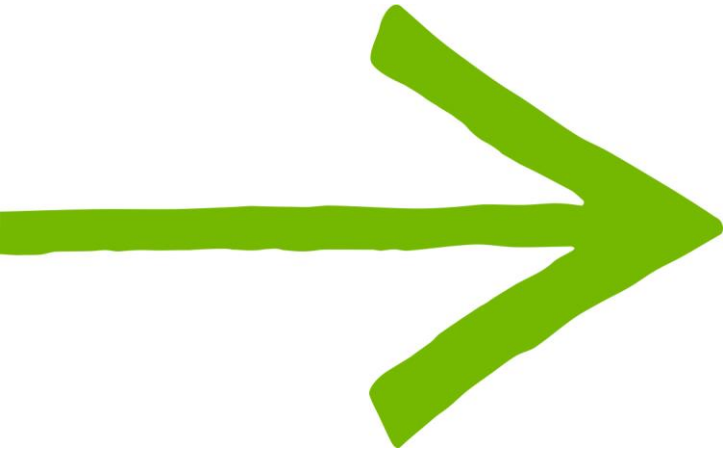
InsVerw sah sich ohne Zustimmung Pfandgläubiger gehindert, Angebot anzunehmen



Für das Teil-Portfolio „British SPV“ war der Plan #2 nicht umsetzbar; im übrigen ist der Plan #2 rechtskräftig und vollzogen worden



ABC GmbH hat kein Personal und keine Ressourcen mehr; Lösung für das „British SPV“ – Portfolio musste zur Vermeidung eines `Totalschadens` schnell gefunden werden



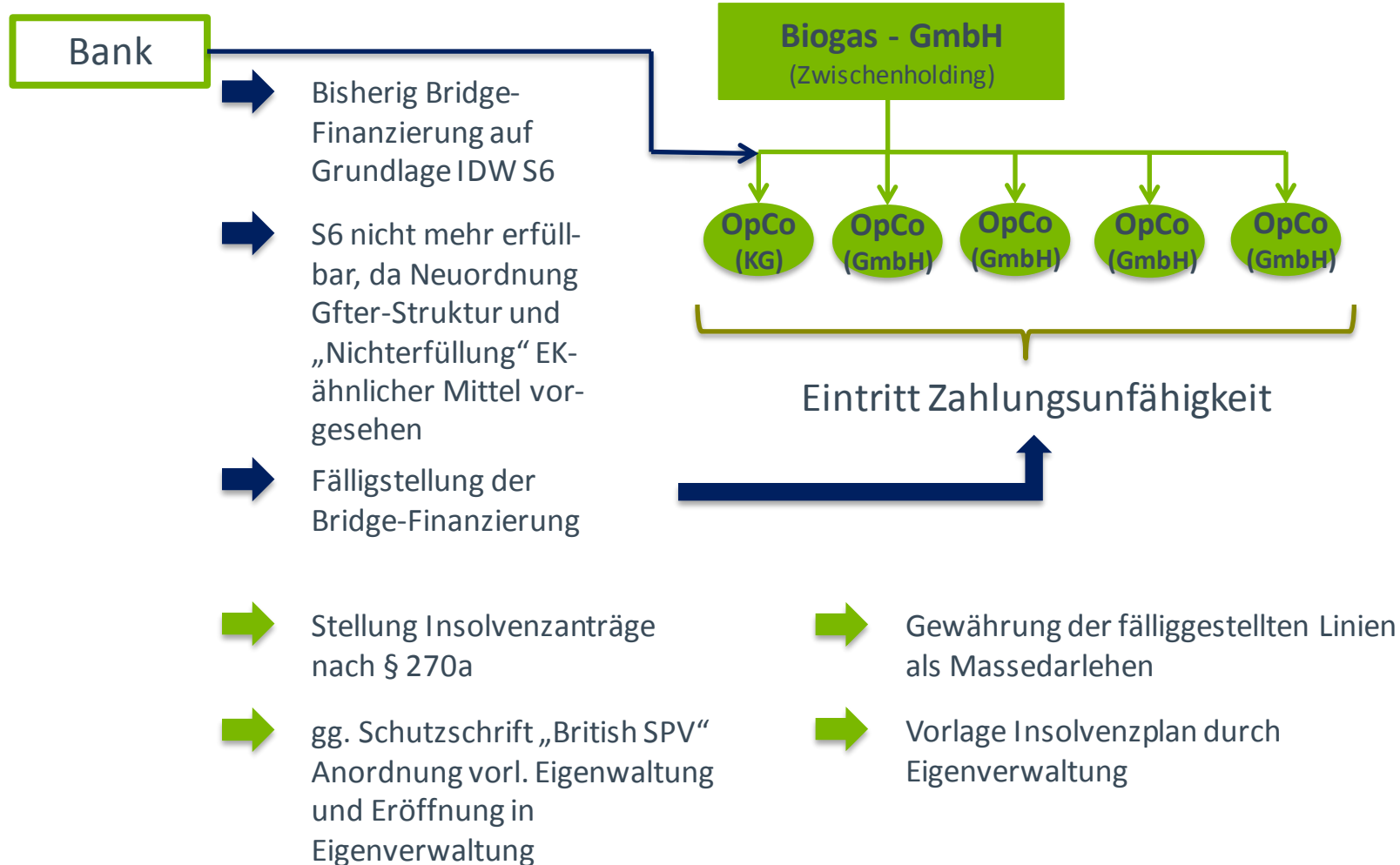
DER PLAN #3



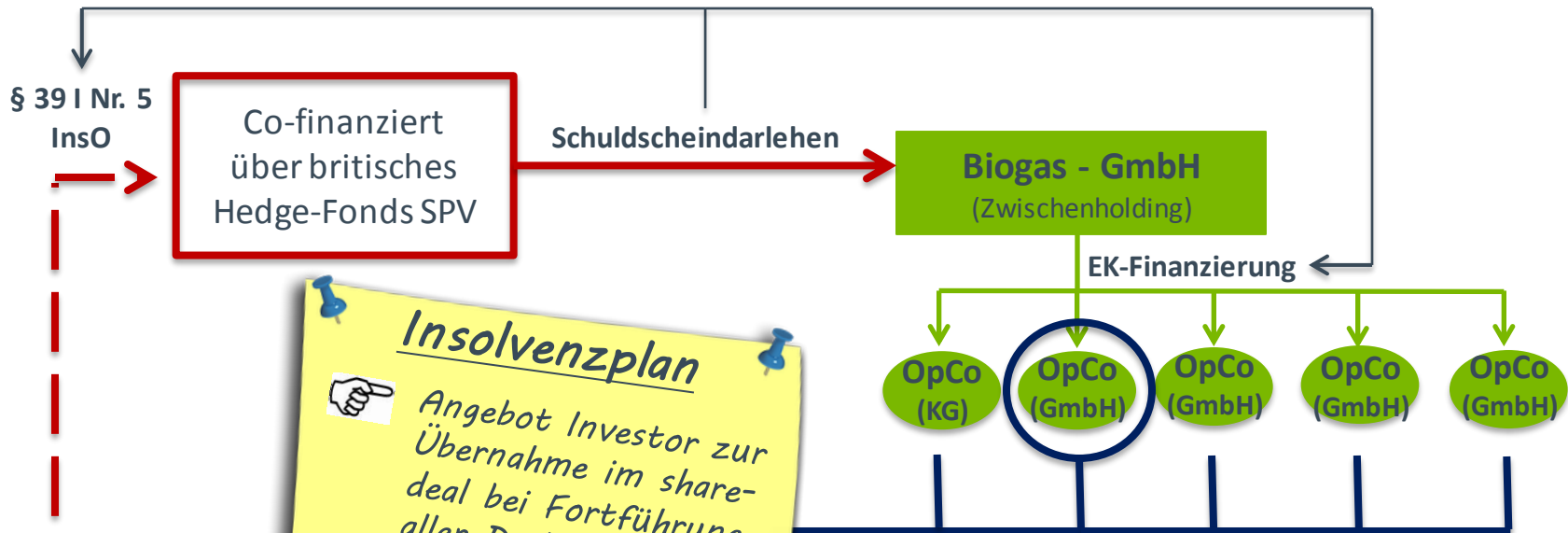
Richtungsweisend.



Eintritt in das Insolvenzverfahren



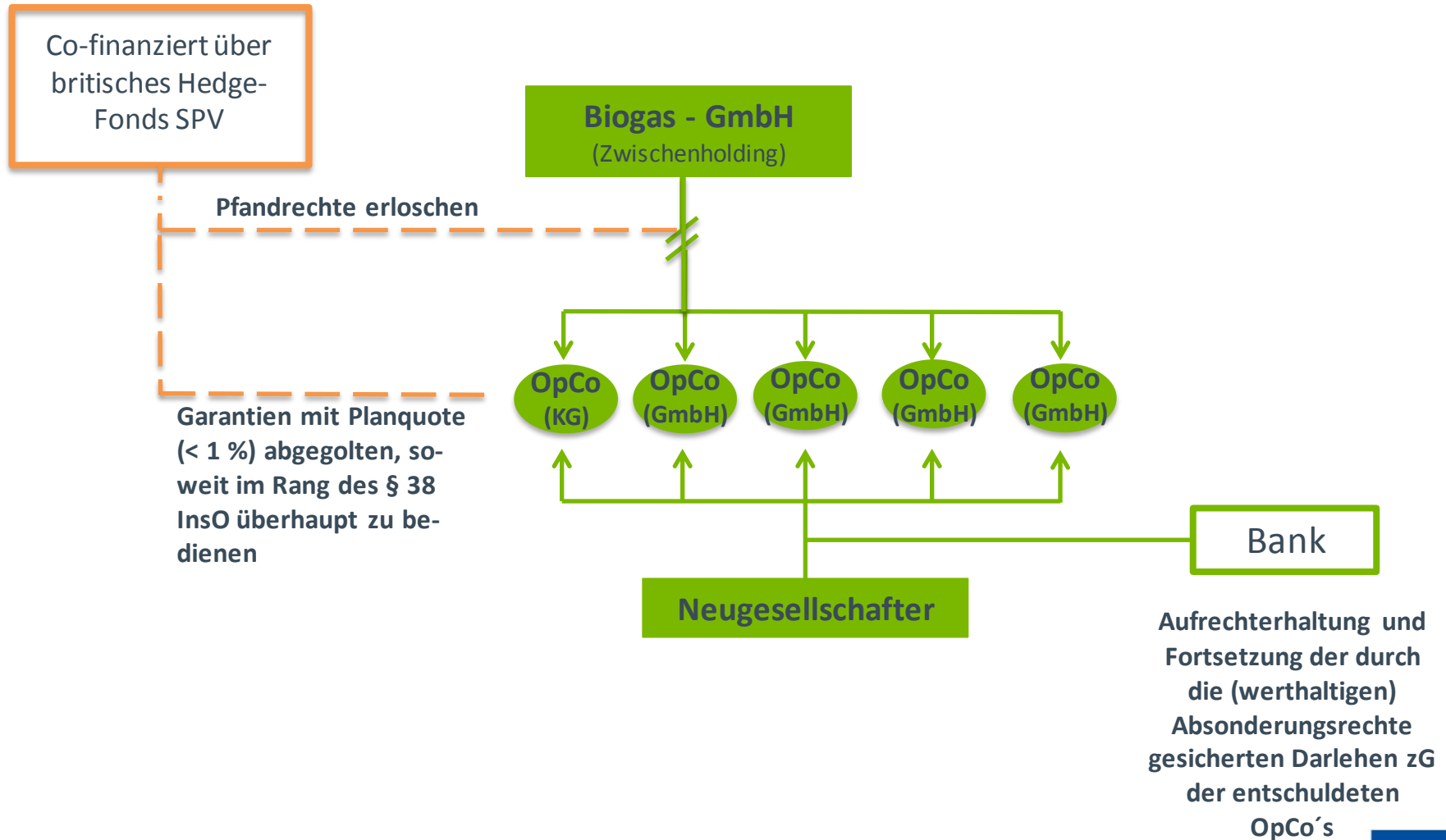
Plan #3 als „§ 225a-Plan“



Insolvenzplan

- 👉 Angebot Investor zur Übernahme im share-deal bei Fortführung aller Darlehen zzgl. Übernahme MasseDarl.
- 👉 Prolongation durch Bank bei rkr. Plan
- 👉 Bei Regelliquidation zu erzielende Massebeteiligung als Aufgeld des Investors
- 👉 Kapitalschnitt und Zulassung nur des Investors

Ergebnis Plan #3





Der Fall #2:

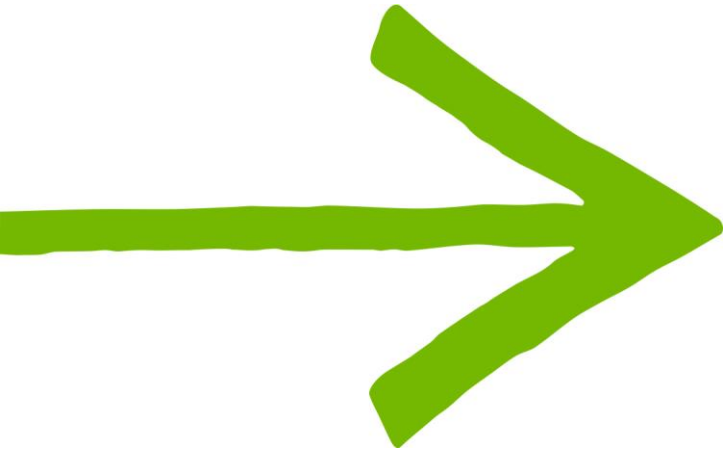
„Wachet, Wachet“

Insolvenzpläne im D-Konzern



Richtungsweisend.





BACKGROUND

Ausgangslage und Konzernstruktur



Richtungsweisend.

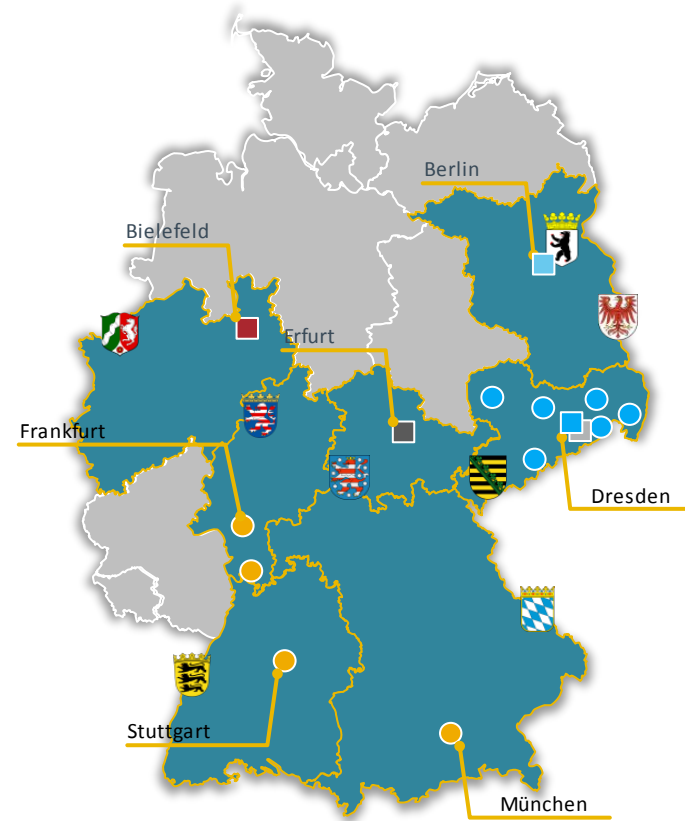


Die „D-Gruppe“

Großer Anbieter von Bewachungs- und Facility-Dienstleistungen mit rund 2.400 Mitarbeitern in der Gruppe; Marktführer in Sachsen

Entstanden durch „Buy-and-Built-Strategie“ eines Finanzinvestors. 2012 durch turn around – Spezialisten übernommen.

Ab Sommer 2015 Exit-Bemühungen. Detaillierte Verhandlungen eines SPA im Dezember 2015 führten nicht zum Signing.

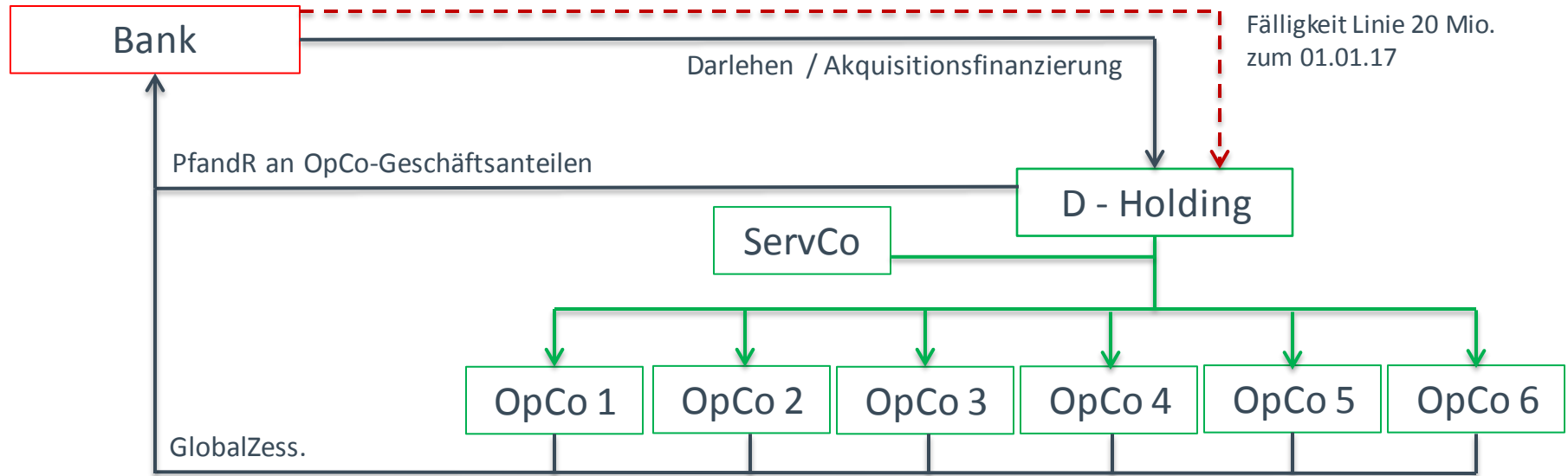


ca. 2.400 Mitarbeiter

ca. 60 Mio. Jahresumsatz

6 operative, 2 Servicegesellschaften

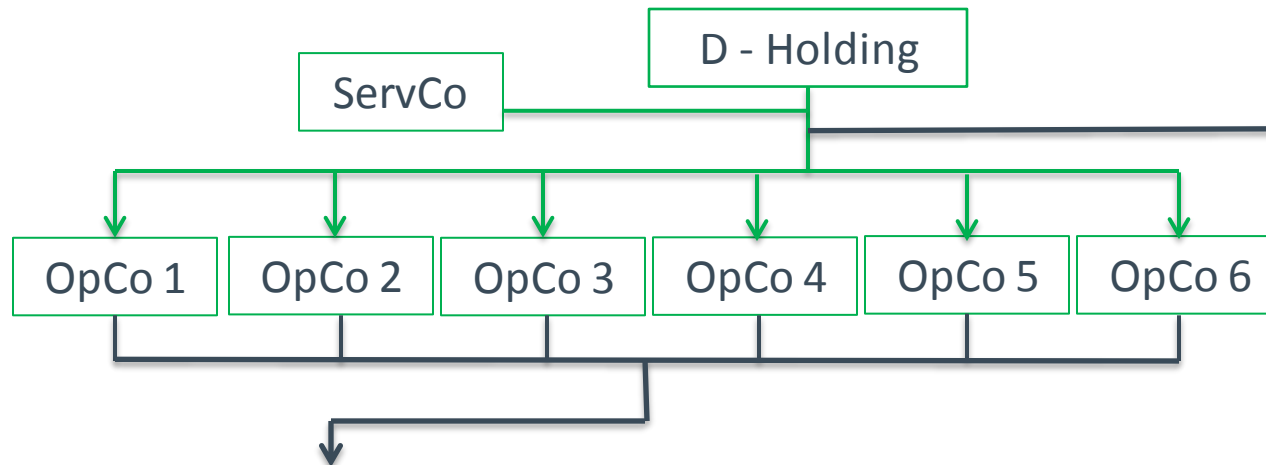
Konzernstruktur und Insolvenzereignis



1. Scheitern Verkauf der Gruppe am 15.01.2016
2. Dadurch Fortfall Fortführungsprognose Holding
3. Insolvenzantrag Holding löst ZU der OpCos durch Offenlegung GZ aus

Der Sanierungsansatz

- Verkauf der operativen Gesellschaften und damit Abkopplung von der Finanzierungslast; Zeitfenster durch Kunden von max. 6 Monaten vorgegeben.
- Nur share-deal möglich, da wesentliche Kundenbeziehungen im asset-deal nicht übertragbar
- share-deal auf zwei denkbaren Wegen möglich:

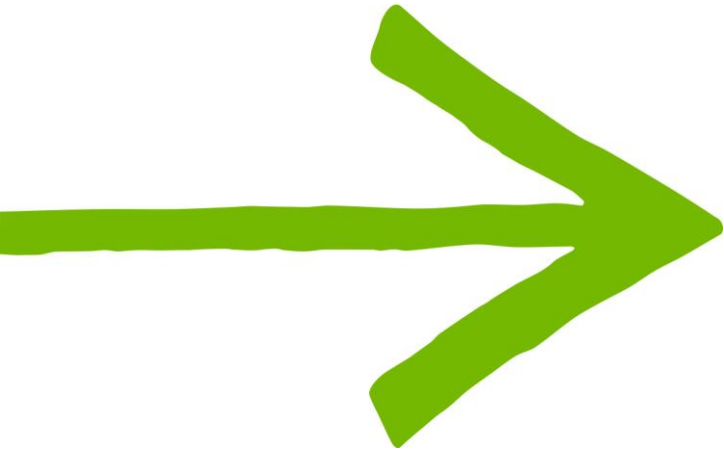


Verkaufsmodell:

- Entschuldung OpCos durch I-Plan
- Verkauf der shares durch Holding
- Massebeteiligung aus Kaufpreis zG der jew. OpCo-masse

Einziehungsmodell:

- Kapitalschnitt, § 225a InsO
- probl.: Notwendigkeit einer Entschädigung f. PfandGl.?



DIE PLÄNE



Richtungsweisend.

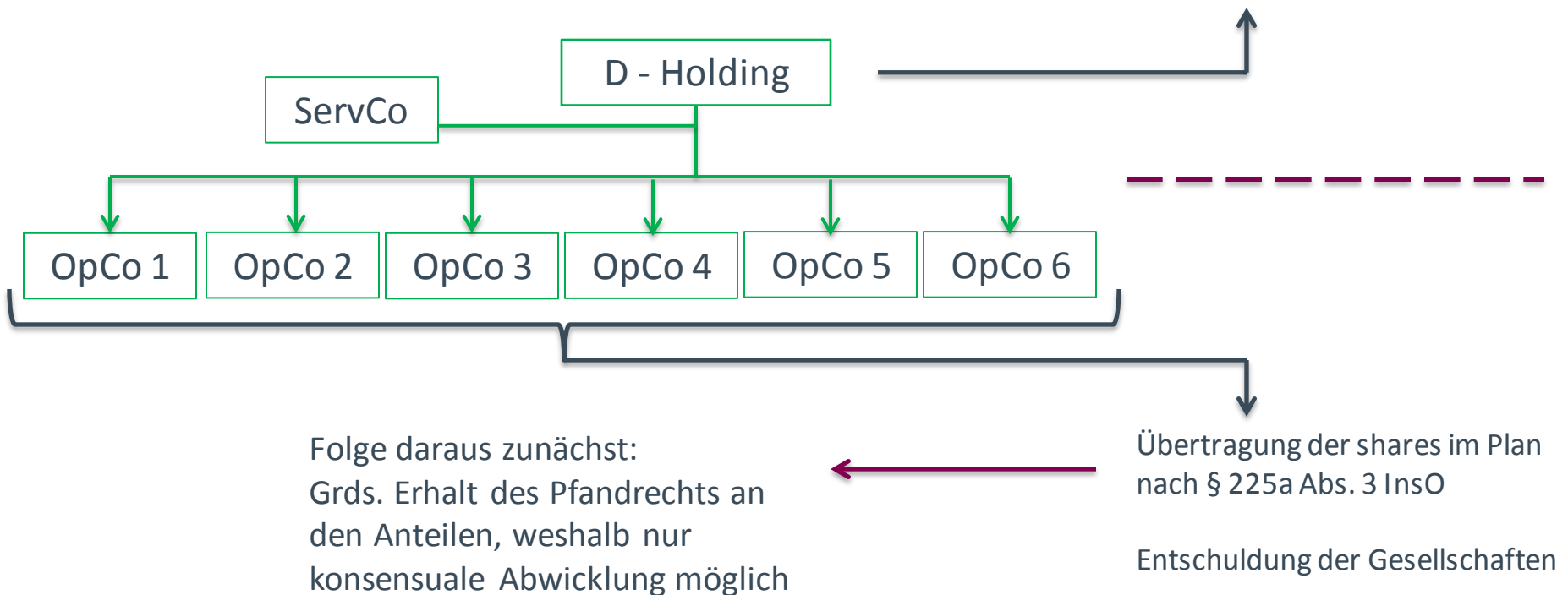


Planstruktur (rechtlich)

Schuldrechtliche Ebene

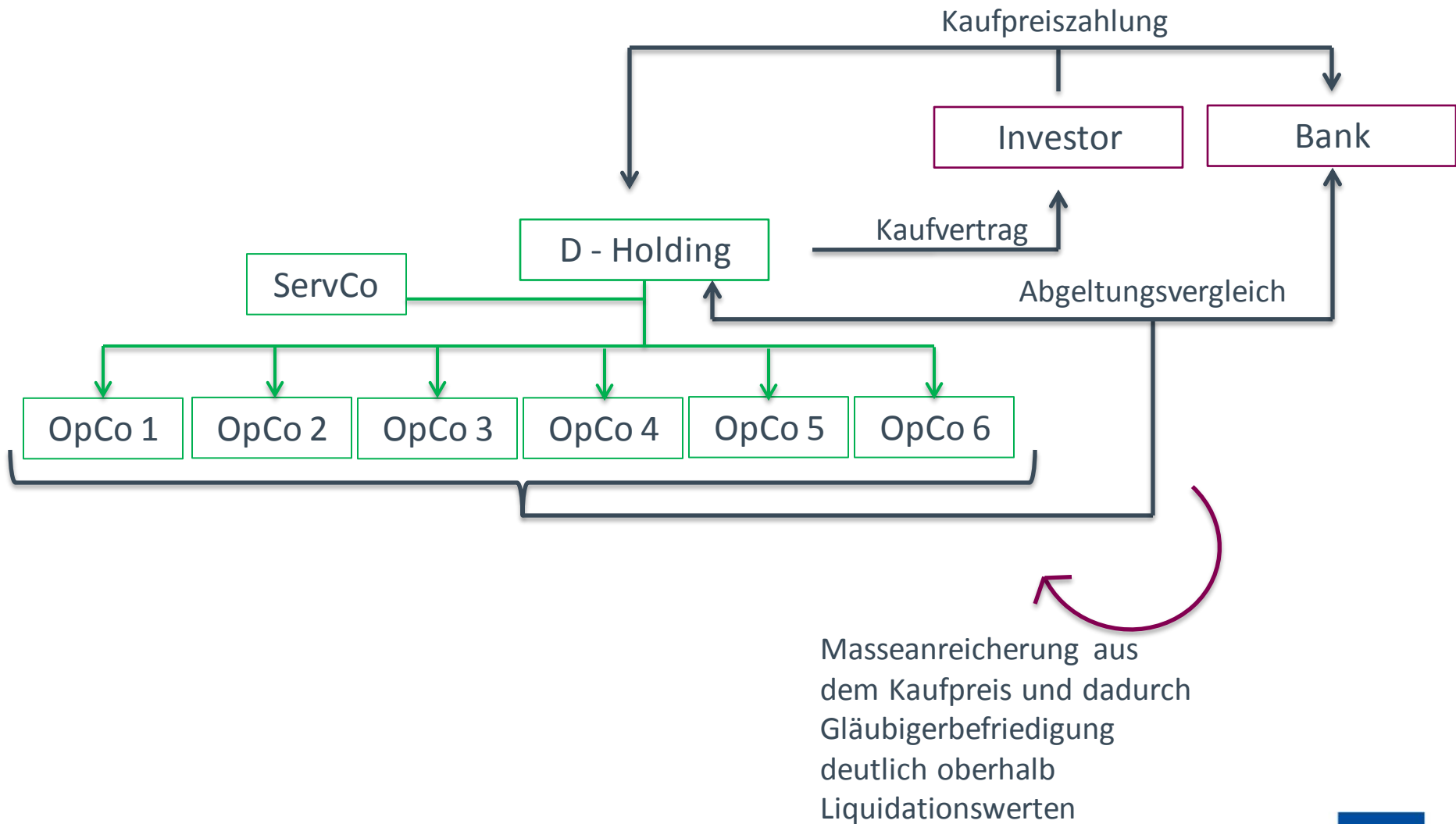
Verkauf aller shares an den Investor unter der Bedingung:

- (a) rkr InsPläne aller OpCos
- (b) Zustimmung GLV zum KaufV



Dingliche Ebene

Planstruktur (wirtschaftlich)



Strukturvergleich der Fälle 1 und 2

- Im Fall 1: vollständiger Entfall der Pfandrechte an den Gesellschaftsanteilen durch den im Plan vollzogenen Kapitalschnitt (i.ü. auch bei der KG)
- Im Fall 2: (wirtschaftlich anteiliger) Erhalt der Pfandrechte an den Gesellschaftsanteilen durch Vermeidung des Kapitalschnitts und stattdessen des Verkaufs mit zwangsweiser Übertragung im Insolvenzplan
- Unterscheidungskriterium: Werthaltigkeit der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung und Allokation der Werte.



Anwendbarkeit § 225a auf verpfändete Anteile ungeklärt



Entschädigungspflicht nach § 225a ungeklärt



Teilt das PfandR das Schicksal des § 199 S. 2 oder hindert § 225a nur Obstruktionspotential oder materiellen Eingriff?



**Realisierungschance
nur im konsensualen
nicht im konfrontativen
Plan!**



Fazit

...aus diesen und anderen
Plan-Gestaltungen...



Richtungsweisend.



Fazit



Die Gestaltungsfreiheit und auch die Bereitschaft, das Insolvenzverfahren als Gestaltungsinstrument zu nutzen, ist gestiegen. Nicht zuletzt seit der Übernahme der Regenschaft des Insolvenzrechts über das Gesellschaftsrecht ist die `Strategische Insolvenz` zur Option geworden.



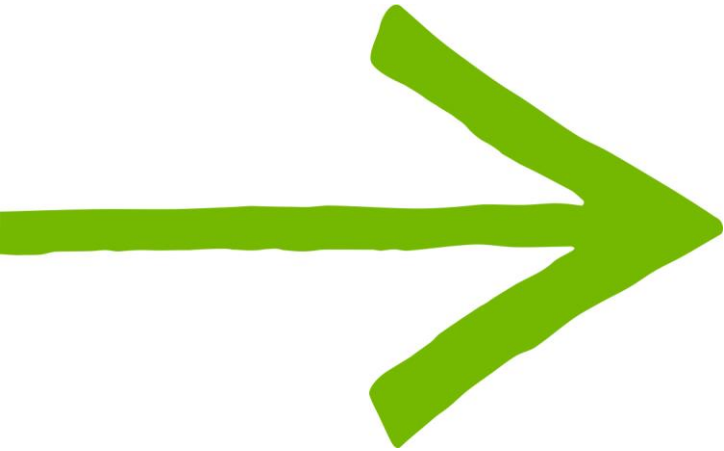
Eigenverwaltung und Insolvenzplanverfahren sind kein Allheilmittel. Bei weitem nicht alle Verfahren, die als § 270a / § 270b – Verfahren eingeleitet werden, sind hierfür geeignet. Soll das Instrument seinen Stellenwert in der Gestaltungsberatung behaupten und an Akzeptanz gewinnen,

– nicht zuletzt nachdem die Restrukturierungsberatung infolge der `Q-Cells Entscheidung` des LG FfM vorläufig als gefahrgeneigte Arbeit qualifiziert werden muss –

bedarf es besonnener Berater und Sachwalter, die den Gestaltungsspielraum transparent nutzen und Missbräuchen vorbeugen.



„Die Geister, die ich rief“: Organe und Gesellschafter müssen vergegenwärtigen, dass es sich um ein gläubigerdominiertes Verfahren handelt und der `Plan` im wörtlichsten Sinne nach hinten losgehen kann.



**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit.**



Richtungsweisend.